

Pressemitteilung

31. Oktober 2010

BUND fordert Genehmigungsstopp für Massentierhaltungsanlagen

Die Kreisgruppe Rotenburg des Bundes für Umwelt und Naturschutz in Deutschland fordert vom Landkreis einen sofortigen Genehmigungsstopp für Anlagen zur Massentierhaltung. Dieses wurde vor wenigen Tagen Landrat Luttmann übermittelt. Hintergrund ist der Genehmigungsstopp, den der Landrat des Kreises Emsland vor kurzem ausgesprochen hat.

Im Zusammenhang mit einem dortigen Genehmigungsverfahren hatte ein Fachanwalt darauf hingewiesen, dass bei allen bisherigen Genehmigungsverfahren keine ausreichende Prüfung des Brandschutzes stattgefunden hat. Die Nds. Bauordnung schreibt nämlich vor, dass bauliche Anlagen so beschaffen sein müssen, dass bei einem Brand auch die Tiere gerettet werden können. Der BUND vermutet, dass auch im Landkreis Rotenburg die gesetzliche Forderung nicht im notwendigen Umfang geprüft wurde.

Der Kreis Emsland gründet seinen Genehmigungsstopp außerdem auf den Entwurf einer neuen VDI-Richtlinie 4250 zur Gesundheitsbelastung durch Emissionen aus Tiermastställen. Das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen hat sich in zwei Urteilen bereits auf diesen Entwurf gestützt. Auf Basis dieser Richtlinie wird der Landkreis Emsland künftig ein Keimgutachten für Anlagen fordern, die nach Bundesimmissionsschutzgesetz zu genehmigen sind. Der dortige § 5 schreibt einen vorbeugenden Gesundheitsschutz bei der Genehmigung von Anlagen vor. Im Ergebnis wird es zu deutlich größeren Abständen zu einer Wohnbebauung kommen als bisher.

Das Nds. Sozialministerium und das Landwirtschaftsministerium halten die verschärften Bestimmungen des Landkreises Emsland für rechtlich zulässig und aus tierschutzrechtlicher Sicht für positiv. Die übrigen Landkreise wurden ermuntert, entsprechend zu verfahren.

Der BUND geht daher davon aus, dass auch der Landkreis Rotenburg die Konsequenz aus dieser Entwicklung zieht. Diese kann nur sein, dass ab sofort keine Genehmigungen für Massentierhaltungsanlagen ohne die Vorlage der genannten Unterlagen erteilt werden. Das sollte der Kreis schon im eigenen Interesse und im Interesse der Investoren tun, da sich ansonsten u. U. Klagemöglichkeiten für betroffene Anlieger ergeben würden, so der BUND.

Die Kreisgruppe Rotenburg des BUND bietet allen Bürgern und Initiativen, die sich gegen Massentierhaltungsanlagen in ihrer Nähe wehren, seine Unterstützung an. Der Kontakt läuft über Manfred Radtke, Rotenburg, Tel.: 04261/6967, E-Mail: manfred.radtke@bund.net.